

Verlag Ullstein. Fernsprech-Zentrale Ullstein; Amt Dönhofs (A) 73600-3667.
Für den Fernverkehr: Amt Dönhofs 3668-3698. Telegramm-Adresse:
Ullsteinab. Berlin. O. B. H. 660. Wöchentlich 1 Mark.
Monatlich 4.30 Mark, bei Zustellung durch die Post dazu 36 Pfennig Beistellgeld

Berlin

Verantwortlich für den Gesamtinhalt (außer dem Handelsteil) Dr. Carl Misch,
Berlin. Anzeigen-Preis: mm-Zeile 35 Pfennig. Familien-Anzeigen: mm-Zeile
20 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer.
Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

10 Pf. • Nr 33 • B 16

DIENSTAG, 20. JANUAR 1931

ABEND-AUSGABE • V

Curtius fordert Sicherheit

Die Außenminister sprechen über Abrüstung

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

GENÈVE, 20. JANUAR

Das erste große Thema, das von der Abrüstung, ist im Welttribunal heute angesprochen worden, und ein Außenminister der großen Nationen hat dem Anwalt ein Wort der Ergründung gesagt. Herr Curtius, Botschafter der Schweiz, wird nachher sprechen. Der formale Anlauf hat der Bericht der vorbereiteten Abrüstungskommission und der Konventionenentwurf für die Begrenzung der Waffnungen. Der Chef des Foreign Office, Henderson, hat hier den Vorsitz führt, leitete den Redeakt um die Abrüstung ein: Jetzt müssen die Regierungen ihren Gedanken an die Durchführung des Abrüstungsprojektes beugen. In der ganzen Welt herrschen Arbeitslosigkeit, Armut, Elend und politische Unruhe. Jede Regierung befindet sich heute in Schwierigkeiten und jedes Volk hat zu leiden. Man kann nicht belästigen, daß die Schwierigkeiten und Zeiten von großer Zeit die Welt sind, die uns bedrückt. Jetzt hinterlassen die Weltführer der letzten zwei Jahrzehnte zwingt alle Staaten, Mitglieder des Völkerbundes oder Nichtmitglieder, sich gegen neue Kriege zu öffnen.

Das ist meines Wissens beifolgt nicht die Gefahr eines Krieges in der nächsten Zukunft, wohl aber die Gefahr, daß wir durch die Abrüstung in eine Situation hineinkommen, die an jene von dem Weltkrieg von 1914 erinnert. Man spricht heute viel von dem Risiko in das alte System der Waffnungen. Aber es gibt kein Risiko mehr, das nicht der Autorität des Völkerbundes unterliegt, die keine noch so mächtige Regierung ohne Verlangen dürfte. Meine Regierung jedenfalls, sagt Henderson, kann ohne Fragen erklären, daß sie kein anderes Risiko kennt, als das große Risiko der ganzen Welt gegen den Krieg und gegen die Waffnungen, durch die er hervorgerufen wird.

Wir sind der ganzen Weltöffentlichkeit verantwortlich. Jeder Mann auf der Straße wünscht nicht die Beförderung ihrer Arbeiten zu sehen. Alle verabsichtigen den Krieg. Wenn wir hier für Frieden und Abrüstung sprechen, so sprechen wir gegen den andauernden Willkürismus der Vergangenheit, und wir sprechen nicht nur für uns selbst, nicht nur für unsere Regierungen, sondern auch für jene künftigen Waffnungen, die in unsere Arbeit ihre Hoffnungen legen. Darum sind wir verpflichtet, alles zu tun, was in unserer Macht steht, um einen vollen Erfolg der Abrüstungskonferenz sicher zu stellen.

Das Henderson sprach Dr. Curtius. Er schloß sich dem Wunsch des britischen Außenministers an, jetzt eher zu sprechen, was wir in Deutschland den Konventionenentwurf selbst beurteilen, wissen Sie. Seit dem 20. Januar ist der vorbereitete Abrüstungskonventionenentwurf mühen mit jedem Jahre immer mehr erkennen, daß der Weg, den die Kommission einschlug, sich ständig weiter von dem eigentlichen Ziel entfernte. Trotz all unserer Erwartungen wurde der Konventionenentwurf hinsichtlich der Kernbestimmungen nicht die wesentlichen Elemente herab, die zu einer wirklichen Abrüstung führen würden. Das Abrüstungsprogramm, das so enthalten, läßt höchstens auf die Stabilisierung des heutigen Waffnungszustandes hinaus, zum Teil wurde es sogar noch eine Erhöhung dieses Waffnungszustandes enthalten.

Dabei hat sich schon im Frühjahr 1929 der deutsche Vertreter ein Verständnis der deutschen Regierung für von dem Programm der Abrüstung der Kommission lösen müssen. Die Kommission ist hinsichtlich ihrer Ergebnisse, diesen ein sich nicht annehmendes Gefühl und noch von neuem mit verbunden mit einer erneuten Festlegung des uns vorschwebenden anfertigen Entwurfsstandes. So war es selbstverständlich, daß wir das Ergebnis der Arbeiten der vorbereiteten Abrüstungskommission ablehnten. Die kommende Konferenz wird nach dem annehmbaren Resultate zeitigen können, wenn sie zunächst, wie sie an die Festlegung von Zahlen geht, die jetzt vorgelegten Methode durchgeführt werden. Sie wird sich fern von dem ersten Stadium des Waffnungszustandes, nämlich die Gleichberechtigung seiner Waffnungen, zu zeigen müssen und nicht Sicherheit gegen Unfähigkeit bieten dürfen.

Das hat schon meine Mitsprache ausgesprochen. Der Reichsführer Hermann Müller hat 1928 in dem Bericht gesagt. Immer wieder hat die deutsche Regierung diesen Grund in ihrem Memorandum zur Paraverantwortung. Graf Bernstorff hat noch vor sechs Wochen für Deutschland paritätische Sicherheit verlangt. Es billige und unterzeichne seine Ausführungen ganz. Würde der Völkerbund diesen Grundlag präsentieren, würde er bei dieser Aufgabe verbleiben, die darin besteht,

durch Waffnung allen seinen Mitgliedern Sicherheit zu verschaffen, so würde er seine Friedensaufgaben verlassen, sein eigenes Ansehen gefährden und seine Ehrentätigkeit verlieren. Geht es aber um eine Abrüstungskonvention, so werden wir die Aufgabe gelassen sein um das deutsche Volk.

Gravität der Außenminister Italiens, betont die Notwendigkeit, endlich das Datum für die Abrüstungskonferenz festzusetzen, da niemand mehr an eine Vertagung auf einen späteren Termin denkt. Die Wälder würden es auch nicht verhehlen, daß jetzt die Konferenz zur Gleichzeitigkeit der großen Waffnungsbudgets nicht zusammenkommen kann, während sich Europa mit dem Problem der wirtschaftlichen Umwälzung herumtummelt, die aus dem Krieg hervorgeht hat; während Milliarden von Schillingen und Staatsanleihen unsere Budgets leihen und Millionen von Arbeitlosen jeden Tag infolge der Wirtschaftskrise aus Hunger sterben werden.

Wriand's Antwort

Die Wriand gibt jetzt zu, daß der Wriand in der Abrüstungsfrage an dem Punkt angelangt ist, wo er Erfolg haben dürfte. Der Artikel 8 des Wriandpaktens selbst jetzt erfüllt werden, sagte Wriand, wenn wir uns nicht jetzt entgegen wollen. (Artikel 8 verlangt die Beibehaltung der Waffnungen auf das mit der nationalen Sicherheit und der internationalen Verpflichtungen zu vereinbarenden Minimum.)

Wriand läßt die bei aller Mangelhaftigkeit doch erfolgreiche Arbeit der Vorbereitenden Kommission. Die Konvention ist nur ein Rahmen. Die Konferenz würde die Festlegung auf die erste Erfüllung bringen. Wriand hat immer, er mißt wieder das abgegriffene Wort der Sicherheit gebraucht. Es genügt nicht zu bestimmen, daß die Staaten so und so viel Waffen haben dürfen, denn die Waffen sind nicht das einzige, was ein Volk besitzt; es gibt noch ein moralisches Element, das unter allen Umständen von größerer Wichtigkeit ist, und das gerade im Zusammenhang mit den Waffnungen von ungeheurer Bedeutung ist.

Wie wird man die Waffen, die man besitzt, verwenden? Wriand ist nicht neugierig, daß es leider noch kein Weltgesetz in der Welt gibt, der letztensgehebreit ist abzurufen. Trotzdem dürfte man diesmal auf einen weitgehenden Erfolg rechnen. Nur würde man sich nicht darauf verlassen, alles zu verlangen. Es werde eine erste Etappe sein, der andere folgen werden. Schon durch einen geringen Anfang werde das Gefühl der Sicherheit zu nehmen und weiterer Fortschritt ermöglicht.

Das verordnete Wriand den Konventionenentwurf, der doch immerhin das Bestehen habe, die Einberufung der Konferenz zu beschleunigen.

Das ist ein erneuerter Fortschritt, erklärte Wriand, erreicht in fünf Jahren. Das wird fünf Jahre für den Anfang zur Erreichung eines so alten Ideals?

Wriand heugert sich die fünf effektive Verberichtigung der Konferenz, wo alle Wälder teilnehmen werden an der Diskussion des Problems. Wir begreifen die Worte der Gerichtsbarkeit. Aber die Hauptfrage ist doch, daß wir uns nicht einander trennen. Alles andere kommt dann von selbst.

„So handelt sich hier“, so sagte Wriand fast, „nicht um die Verantwortlichkeit eines Volkes, wenn auch heute die Verantwortlichkeit neuzeitlich angelegt sind. Einmal wird die Welt kommen, wo alle ausgedehnten sind, wenn wir jene Sicherheit zu Stande zu bringen und in der Zeit erfüllt sein, die heute so frühzeitig gelobt wird. Ich weiß, ich behauere, wenn man nicht begreifen will, daß es nicht möglich sein wird, das alles schon in der ersten Etappe zu verwirklichen, das Ziel gleich mit einem Schlag zu erreichen.“

Am Schluß erklärte Wriand noch die vollständigen Abrüstungsnotwendigkeiten der Wälder. Es wäre genügt schon, wenn man alle Waffen vernichten könnte, so daß keine mehr übrigblieben. Aber so wird es nicht sein. Man werde zufrieden sein, wenn die Konferenz die Erfüllung des Wriandpaktens bringe, das im Artikel 8 des Wriandpaktens gegeben ist.

Das Wriand sprach noch der japanische Botschafter Tokiomiya.

Am Anfang des Berichtesleiters Ordannes de Zorn wurde die Formulierung des Schlußes einer späteren Diskussion notwendig. Auch die Geheimhaltung zur Festlegung des Datums der Konferenz, zur Bestimmung des Ortes und des Präsidenten wurde noch der vorbereiteten Stunde verzögert. Sie wird wahrscheinlich am Donnerstag stattfinden, die morgige Abstimmung für den beschließenden Ratifizieren vorbereiten dürfte.

Berlins Verfassung

Wir haben einen führenden Kommunalpolitiker, der sich seit langem um den gemeindlichen Verfassungsfragen befaßt, gebeten, sich gutachtlich über die Aussichten des Berliner Gesetzes zu äußern.

Als vor einigen Monaten der Vorlass des Deutschen Städtetages den Entwurf einer Reichsüberbauung vorabgab, ging es ihm weniger darum, eine sofortige rechtswidrige Regelung des kommunalen Verfassungsproblems zu erreichen, als in besonders eindringlicher Form zu zeigen, wie sich die leitenden deutschen Kommunalpolitiker über die Städtetage, die Reichstagsfraktionen der beiden Parteien und der Staatspartei haben den Entwurf noch im alten Reichstag als Präzedenzfall eingeleitet; Genzmann und Engelbrommer erklärten, grundsätzlich für den Hauptentwurf einverstanden zu sein. Ein zweifelhafter Erfolg des Städtetages. Die eigentliche Bedeutung des Entwurfs liegt aber darin, daß das preussische Ministerium des Innern, das schon in einem frühen Stadium die Gedanken des Städtetages kannte, mit den Grundbegriffen übereinstimmend, auf die gleichen Basis die beiden großen legislativen Kreise einwirkte, an denen es seit einem Jahr arbeitet. Gemäß der Referentenentwurf eines preussischen Selbstverwaltungsorgans als auch der Regierungsentwurf des Verfassungsorgans Groß-Berlin befaßt dieselben kommunalverfassungsrechtlichen Ideen. Es muß einmal ausgeprochen werden, daß das Innenministerium und seine Kommunalabteilung in den Jahren nach dem Krieg in aller Stille hochwichtige Reformarbeiten geleistet, vorbereitet und durchgeführt haben. In kürzester Zeit erreichte die planmäßige, kontinuierliche Umgestaltung des preussischen Verfassungsorgans durch die Grenzen Preussens hinaus. Der ausgezeichnete Referentenentwurf des Selbstverwaltungsorgans ist vorläufig zurückgestellt; man hat sich offenbar darauf beschränkt, die Stimmen der kommunalen und der weiteren Öffentlichkeit zu hören, und legt ihm nun einwilligen auf Eis, bis die Zeit für die förmliche Verabschiedung des Verfassungsorgans wieder günstiger ist. Die Berliner Frage oder müßte vor allem anderen gelöst werden, wenn nicht für die Reichshauptstadt schwere Schädigungen ermaßigen sollten. Es müßte nur zuvor entschieden werden, ob der Waffnungsentwurf des Innenministeriums richtig und erfolgversprechend war.

Schon im Staatsrat, tiefem in der Öffentlichkeit ist und weit beachteten Kollegium des niederrheinischen Provinzialparlamentes, wurde die Regierung darauf aufmerksam gemacht, daß es einen Sinn hätte, die ganzen politischen Fragen der Abgrenzung von Staatsaufgaben und Selbstverwaltung bei Gelegenheit dieses Gesetzes zu entscheiden. Die Zeit ist jedoch nicht dazu angetan, eine ira et studio zu urteilen. Am liebsten präferierte der Entwurf den Staatsrat. Werturteilsgewisse unterließ man es auch in diesem Gremium, Berliner Sachverhalte zu hören, obwohl das genügt nötig war. Berliner Mitglieder des Staatsrats aus verschiedenen Fraktionen widersprachen wichtigen Punkten der Entwurf. Es hätte zu denken geben sollen, daß die Angehörige des Reichstages und der Einzelnen aus Berlin gegen ihre Kollegen aus der Provinz stimmten. Offenbar hatte man in Berlin eigene Ansichten über die Innenministerielle allgemeine kommunaler Prinzipien auf die Reichshauptstadt. Erst der Reichstag sollte diese Unterlassungsmaßnahme der Regierung und des Staatsrats nach und forderte die Regierung auf, die Verfassung der Stadt Berlin anzuhören. Der Entwurf, nicht unmaßig im Gemeinwesen des Reichstages liegen.

Die Tage wurde dadurch hervorzuheben, daß Oberbürgermeister und Verfassungsorgane zeitweise miteinander in Verbindung gebracht, zeitweilig voneinander getrennt wurden. Ich habe (und glaube, darin mit den meisten meiner Kollegen einig zu sein) niemals daran gewagt, daß eine Verfassungsreform Berlin tiefen neuen Durchbruch bekommen dürfte und würde. Jetzt ist diese Ansicht abgemindert geworden. Minister Geering will, wie man hört, das von seinen Vorgänger begonnene Reformwerk fortsetzen und beschleunigen zu Ende führen. Damit Berlin endlich zur Ruhe kommt und die Verwaltungsverhältnisse findet, die es seiner Größe und überragenden Bedeutung nach verdient.

Der Minister wird erst im Gemeinwesen des Reichstages liegen, wie er sich die neue Berliner Verfassung denkt. Die Lösung dieses wichtigen und schwierigen Problems liegt in der Luft. Genau wie sich Regierung, Parteien und Kommunalpolitiker in ihrer überzogenen Mehrheit darüber einigt sind, wie die Verfassung